

**Antrag 79/I/2020 Jusos LDK**

**Forschen statt Verkaufen: Stärkere Grundfinanzierung von (Grundlagen-) Forschung**

**Beschluss:** Annahme in der Fassung der Antragskommission

**„Forschen statt Verkaufen: Stärkere Grundfinanzierung von (Grundlagen-) Forschung“**

**„Unabhängige und kritische Wissenschaft ist für eine freie und aufgeklärte Gesellschaft fundamental“**

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Berlin ist mit über 40 Hochschulen und rund 70 außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein starker und etablierter Wissenschaftsstandort. Nicht zuletzt die Aufnahme der Berlin University Alliance in die Exzellenzstrategie verdeutlicht die vielfältige Kompetenz und Expertise Berliner Wissenschaftler\*innen.

Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften nehmen dabei eine zentrale Stellung im deutschen Wissenschaftssystem ein, indem sie Forschung und Lehre unter einem Dach vereinen und damit sowohl dem wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt als auch der wissenschaftlich qualifizierenden Nachwuchsförderung dienen. Doch erfolgreiche Wissenschaft gelingt nur, wenn Hochschulen auskömmlich finanziert werden und Wissenschaftler\*innen langfristige Perspektiven bieten können.

**Hochschulfinanzierung** In den letzten Jahren gehen die politischen Erwartungen dabei immer stärker in Richtung einer unmittelbaren praktischen Verwertbarkeit. Die Finanzierung der Hochschulen wird zudem immer mehr an quantitative Leistungsindikatoren geknüpft und von themengebundenen Drittmiteleinwerbungen abhängig. Dies zeigt sich in den aktuellen Haushalten der Länder: Momentan stammen rund 75 Prozent eines Hochschulhaushalts aus Geldern der Länder. Dazu kommen Projektmittel des Bundes und Drittmittel. Diese werden wettbewerbsorientiert und befristet für einzelne Forschungsvorhaben vergeben. Größte Drittmittelgeberin ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die ihre Gelder von Bund und Ländern bezieht, gefolgt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Auch Wirtschaft und Industrie beteiligen sich an Forschungs- und Entwicklungsprojekten von Hochschulen.

Die Bedeutung der Drittmittel für die Finanzierung von Hochschulen ist deutlich zu hoch und muss reduziert werden. Im Pakt für Forschung und Innovation wird den großen Wissenschaftsorganisationen für die Jahre 2021-2030 jährlich eine Budgetsteigerung zugesagt, die vom Bund getragen wird. Eine solche verlässliche Budgetsteigerung gibt es für die Hochschulen aus Bundesprogrammen selbst nicht.

Für uns ist klar: Hochschulen müssen sich durchaus an gesellschaftlichen Effektivitäts- und Effizienzerwartungen messen lassen, und (öffentliche wie private) Drittmittel können gewiss einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Forschung an Hochschulen leisten. Dies darf den Eigenwert akademischer Bildung und wissenschaftlicher Erkenntnis jedoch nicht vernachlässigen und die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre nicht beschränken.

Zur Wahrung der Freiheit von Forschung und Lehre gehört deshalb die staatliche Verpflichtung, durch ausreichende Ressourcenausstattung Wissenschaftsfreiheit an Hochschulen materiell zu gewährleisten. Dies setzt eine angemessene, und das heißt heute, eine stärkere Grundfinanzierung der Hochschulen voraus und ist auch eine Voraussetzung für Spitzenleistung.

**Daher fordern wir:**

- Eine Erhöhung der Grundfinanzierung für Hochschulen, damit diese ihre Aufgaben in den Bereichen Lehre und Forschung erfüllen können. Dazu gehören insbesondere Personalkostensteigerungen, qualitätssichernde Lehrkräfteausstattung, Digitalisierung in Lehre und Forschung.
- zusätzliche Mittel, damit Hochschulen Aufgaben erfüllen können, die darüber hinausgehen, dazu gehören zum Beispiel vermehrte Studienplätze, Wissenstransfer, Existenzgründungsförderung, Gleichstellung, Wissenschaftskommunikation, Internationalisierung, Inklusion, Integration u. a.
  - Anerkennung des Sanierungs- und zusätzlichen Raumbedarfs der Hochschulen und Aufnahme in die Finanz- und Investitionsplanung des Landes
  - Umsetzung der Selbstverpflichtung des Landes zum Ausbau der Forschungsmöglichkeiten der Fachhochschulen und ihrer Möglichkeiten zur Förderung eines wissenschaftlichen Nachwuchses

**Zur Gestaltung von Drittmitteln** Private Drittmittel und befristete öffentliche Programmmittel müssen wieder auf eine ergänzende Funktion zurückgeführt werden, auch wenn sie themenoffen ausgelobt werden und damit für einzelne Forscher\*innen oder Gruppen von Forscher\*innen zusätzliche Spielräume eröffnen, um ihren selbstbestimmten Forschungsfragen nachzugehen. Zweckgebundene Drittmittel dienen dagegen der Verfolgung spezifischer privater oder öffentlicher Forschungsinteressen, die ohne ihr Angebot von den Hochschulen nicht oder nicht im ausreichenden Maße bedient werden. So gesehen sind sie zweifellos ein wertvolles Pendant zum wissenschaftlichen Selbstbestimmungsrecht der Hochschulen. Um dem geforderten Ergänzungscharakter zu entsprechen, muss ihre Inanspruchnahme jedoch freiwillig, d.h. ohne ökonomischen Zwang erfolgen, und sie müssen die Kosten der von ihnen initiierten Forschungsprojekte vollumfänglich tragen.

**Daher fordern wir:**

- Bei reinen Auftragsforschungsprojekten sind nicht nur die direkten Kosten sondern auch sämtliche durch das Projekt verursachten Nebenkosten zu erstatten (Vollkostenprinzip)
- Mit Drittmitteln oder besonderen Programmmitteln darf keine einseitige Verstetigungserwartung zulasten der Hochschule verbunden sein, die in die autonome Entscheidung der Hochschule eingreift
- Die Sicherstellung einer Übernahme der direkten Projektkosten durch die Drittmittelgeber und die Bereitstellung einer den Akquisitions-, Durchführungs- und Managementaufwänden entsprechenden Programmpauschale bei sonstigen Drittmittelprojekten.

**Zielindikatoren (Bewertung wissenschaftlicher Leistung)** Wissenschaft ist ein gesellschaftliches Teilsystem, das von sozialer und globaler Ungleichheit, Geschlecht und Herkunft geprägt ist. Die Bewertung wissenschaftlicher Leistungen erfolgt durch den Einsatz von Messgrößen, die Indikatoren genannt werden. Die bisher verwendeten Indikatoren bilden bislang großen Teil messbare Aktivitäten ab und blenden den gesellschaftlichen Kontext von Wissenschaft aus: Ob Forschung durch Drittmittel finanziert, in hoch gerankten Zeitschriften veröffentlicht oder zitiert wird, liegt nicht ausschließlich an guter Leistung (z.B. Matthäus-Effekt). Um gute und kritische Wissenschaft abzubilden, ist es essentiell, den gesellschaftspolitischen Kontext und innerhochschulische Machtgefälle in der Bewertung von Wissenschaft zu berücksichtigen.

**Daher fordern wir:**

- Die Bewertung von Forschungsleistungen sollte vermehrt qualitative Kriterien einschließen, statt primär auf quantitativen Kriterien wie Publikationszahlen, Zitierhäufigkeit etc. zu basieren;
- Es müssen daher verschiedene weitere Parameter bei der Bewertung der Forschungsqualität berücksichtigt werden, z.B. auch Kommunikationsleistungen, die wissenschaftlichen / gesellschaftlichen prognostizierten Auswirkungen.

**Demokratie bedeutet Wissenschafts- und Forschungsfreiheit stärken:** Die Krisen der vergangenen Jahre, zuletzt die Corona-Pandemie haben es gezeigt:

Wissenschaft und explizit Wissenschafts- und Forschungsfreiheit haben eine immense gesellschaftliche Bedeutung. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist in Deutschland im Grundgesetz verankert. Wissenschaft und Forschung werden so vor politischer und staatlicher Einschränkung geschützt. Gleichzeitig geht damit aber auch eine Leistungspflicht des Staates ein. Nur durch ausfinanzierte Hochschulen kann gute Forschung gelingen. Nichtsdestotrotz kommt mit dem zunehmenden Rechtsruck eine Wissenschaftsfeindlichkeit auf, der wir entschieden entgegenzutreten müssen. Im Jahr 2022 gaben zwar zwei Drittel der Befragten an, auf Wissenschaft zu vertrauen, ein Drittel jedoch gab an, unentschieden zu sein oder nicht in die Wissenschaft zu vertrauen. Seit April 2020, also mit Beginn der Corona-Pandemie, nahm das Vertrauen in die Wissenschaft zunehmend ab.

In einer Demokratie braucht es verlässliche Wissenschaft und Forschung. Gerade wenn Rechtsnationale und Rechtspopulist\*innen das schwindende Vertrauen in die Politik für ihre Zwecke ausnutzen. Unsere Demokratie ist auf Vertrauen angewiesen und hier kann Wissenschaft fördernd wirken. Gerade in der Klimaforschung hat sich Wissenschaft als verlässliche Partnerin etabliert, die Informationen liefert, welche dann politisch verwertet werden. Es darf allerdings nicht zu einer Verwissenschaftlichung des politischen Diskurses kommen, die politische Teilhabe der Gesamtgesellschaft einschränkt oder schlimmstenfalls sogar ganz verhindert. Forschungsergebnisse müssen für alle zugänglich gemacht werden und einfach auffindbar sein.

**Wir schlussfolgern und fordern also:**

- Unabhängige und kritische Wissenschaft ist für eine freie und aufgeklärte Gesellschaft fundamental.

- Für eine wehrhafte Demokratie ist die Stärkung der Wissenschaftskommunikation und des Wissenschaftsjournalismus unerlässlich!
- Um wissenschaftliche Erkenntnisse und Forschungsergebnisse schnell und online zugänglich zu machen, muss die open-access Veröffentlichung von Forschung gestärkt werden.

**Überweisen an**

AH Fraktion, Senat